

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 7

Artikel: Das Ende der Beneschzeit
Autor: Ammann, Hektor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158535>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

anzufachen. Aber die Arbeiter werden nachgerade dieses fortgesetzten Streikens müde. Im Schoße der C. G. T. dauert der dumpfe Kampf zwischen reinen Syndikalisten und Kommunisten weiter, und Herr Jouhaux mußte nach seiner Rückkehr aus Mexiko seinen ganzen Einfluß aufwenden, um die Einigkeit wieder herzustellen.

Es scheint übrigens, als ob die kommunistische Partei an Ansehen bei der Masse verloren hätte. Während der letzten Ereignisse hatte sie sich als Vorkämpferin einer kriegerischen Auseinandersetzung aufgeworfen, und diese so unerwartete Haltung einer noch vor kurzem fanatisch antimilitaristischen Partei hat ihr viele Arbeitersympathien entfremdet.

Übrigens hat die Frage: Krieg oder Frieden? nicht nur bei den Kommunisten zu tiefgehender Uneinigkeit geführt. Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch bei den Sozialisten. Der Kriegstreiber Zyromski ist mit dem Pazifisten Paul Faure zusammengestoßen. Hier bemüht sich Léon Blum, die Einigkeit wieder herzustellen — wird sie echt sein?

Die Volksfront ist tot. Auf welche Mehrheit wird sich Herr Daladier stützen, um zu regieren? Man fragt es sich. Werden die Gemäßigten sich den Radikalen anschließen, um ihn zu stützen? Leihen ihm die Sozialisten ihre Unterstützung, oder kehren sie mit den Kommunisten, die ihnen bei der Abstimmung vom 4. Oktober den Weg gewiesen hatten, in die Opposition zurück? Das ist das Geheimnis von morgen; auch bleibt die Frage offen, in welcher Weise das Kabinett seine Vollmachten benützen wird.

Zusehends wächst im Lande der Wunsch, einen Ausweg aus dem politischen Sumpf zu finden. Das Manifest, in welchem kürzlich die Frontkämpfer die Bildung eines Ministeriums der öffentlichen Wohlfahrt verlangten, das über den Parteien und den politischen Intrigen stehen sollte, zeugt beredt von diesem Wunsche. Alle fühlen es: das Vaterland ist in Gefahr. Es wird dieser Gefahr aber nicht entgentreten können, wenn nicht die Franzosen ihre inneren Händel vergessen und allem voran den vaterländischen Gedanken, die nationale Wiederaufrichtung, das Wohl des ganzen Volkes stellen.

Das Ende der Beneschzeit.

Von Hektor Ammann.

Daß die Schweiz dem neuen europäischen Erdrutsch etwa mit besonders gutem sachlichem Verständnis begegnet sei und dementsprechend die treibenden Kräfte richtig eingeschätzt habe, wird man beim besten Willen nicht behaupten können. Abgesehen von einer immerhin respektablen Anzahl von Stimmen in der Öffentlichkeit, die sich über die Verhältnisse in

und um die Tschechoslowakei ein auf eigene Anschauung oder sachliches Studium gegründetes vernünftiges Bild geformt hatten, war unsere Presse und unsere Öffentlichkeit den verschiedenen plötzlich auf sie einstürmenden Eindrücken ziemlich hilflos ausgeliefert. Und wenn man heute das in den entscheidenden Monaten und Wochen in der schweizerischen Presse gezeichnete Bild der Tschechoslowakei übersieht, so muß man wahrlich feststellen: „Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt“.

So hat unser Volk zum dritten Male innert verhältnismäßig kurzer Zeit ein unangenehmes Aufwachen aus Wunschträumen und damit eine wahre Grundwelle seelischer Erschütterung erlebt. War die Überraschung nach der Saarabstimmung groß, so war sie nach den Märzereignissen dieses Jahres in Österreich so stark, daß die davon ausgehende Erschütterung alte Parteidoctrinen wie ein Kartenhaus wegfegte. Und diesmal erreichte die innere Erschütterung, geschickt geschürt von ausländischen Kräften, wie der Agentur Havas, einen noch höhern Grad, vor allem weil die Eindrücke des Frühjahres noch unvergessen waren. Wie sich das auf die Zukunft unseres Landes auswirken wird, ist noch nicht zu überblicken. Nur das steht fest, daß Wirkungen vorhanden sein werden.

Deshalb sollten diese Erlebnisse Ansporn dazu sein, unsere schweizerische Meinungsbildung in Zukunft sachlicher und eigenständiger werden zu lassen, um uns noch unangenehmere Überraschungen zu ersparen. Dies vor allem in Dingen, in denen wir nicht unmittelbar betroffen sind und wo wir gar keine Veranlassung haben, uns als Partei hinzustellen. Und das wäre ja bei der Tschechoslowakei in vollem Umfange gegeben gewesen.

* * *

Übrigens ist es sicherlich nicht allzu schwer gewesen, sich über die tatsächliche Lage der Tschechoslowakei ein richtiges Bild zu formen, wenn man wirklich sehen wollte. Zum Beleg für diese Behauptung möchte ich nur auf das verweisen, was ich selbst in diesen Hefen vor nunmehr 15 Jahren im Januar 1924 geschrieben habe¹⁾. Ich habe damals im Zusammenhang mit der gerade auf dem Höhepunkt angelangten deutsch-französischen Auseinandersetzung die Verhältnisse der Tschechoslowakei folgendermaßen zu kennzeichnen versucht:

„Die Tschechoslowakei ist hervorgegangen aus der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allmählich entstehenden nationalen Bewegung des tschechischen Volkes. Im alten Österreich gewann diese Bewegung seit 1866 immer mehr Bedeutung. Im Kampf mit den Deutschen festigte sich die tschechische Nation. Ein glühender, vor keinem Opfer, aber auch vor keinem Mittel zurückschreckender Nationalismus durchdrang das ganze 6 Millionen zählende Volk. Pan-slawistische Gedanken fanden hier ihre feurigsten Anhänger. Viele Täden liefen nach Moskau und Petersburg, nach Belgrad und Agram. Der Weltkrieg sah den glatten Verrat der Tschechen an Österreich. Tschechische Legionen kämpften in Rußland, Frankreich und Italien gegen die Mittelmächte. Die Tschechen haupt-

¹⁾ Jahrgang III, S. 574 ff.

fächlich unterhöhlten unter der Führung Masaryk's und Benesch's das Gefüge der Doppelmonarchie.

Der Zusammenbruch im Jahre 1918 erfüllte dann alle Hoffnungen des tschechischen Nationalismus, der jetzt das ganze Volk ausschließlich beherrschte: Ein tschechischer Staat entstand. Aber gerade dieser Nationalismus führte auch von Anfang an dazu, daß sich der neue Staat zahlreiche fremde und widerstrebende Elemente eingliederte. In erster Linie schlugen die Tschechen zu ihrem Staatswesen die stammverwandten, aber durch eine jahrhundertelange Geschichte und eine andere Mundart doch in Kultur und Denken stark verschiedenen Slowaken. Darüber hinaus aber gliederten sie sich zwangsweise ganz fremde und und bitter verfeindete Landesteile und Bevölkerungen an. Vor allem die 3 1/2 Millionen starken Sudetendeutschen, die im engsten Zusammenhang mit dem übrigen deutschen Sprachgebiete stehen. An Kultur den Tschechen mindestens ebenbürtig, an wirtschaftlicher Kraft überlegen und durch ihre geschlossene Siedlung und ihre große Zahl widerstandsfähig, bilden sie einen sehr schwer zu verdauenden Brocken. Dasselbe gilt von den etwa eine Million starken Ungarn in der Slowakei, wenn auch in etwas geringerem Maße. Und schließlich sind ein durchaus widerstrebendes Element auch die etwa 100,000 Polen in Schlesien.

Diese unnatürliche Abgrenzung hat dem neuen Staate eine schlauchartige Form gegeben, die sich in einem Kriege sehr ungünstig bemerkbar machen würde. Sie hat ihn auch zu einem ausgesprochenen Nationalitätenstaate gleich dem alten Osterreich gemacht. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt mehr oder weniger gezwungen innerhalb des neuen Gebildes. Und die Tschechen haben es verstanden, die vorhandenen sehr starken Gegensätze zwischen ihnen und den nationalen Minderheiten, Deutschen wie Magyaren, aufs höchste zu steigern. Nicht nur die gesamte Einrichtung des Staates wurde von den Tschechen allein besorgt, sondern sie regieren bis zum heutigen Tage tatsächlich unter völliger Ausschaltung der Minderheiten. Ja, sie haben ihre ganze Politik auf die möglichst rasche Tschechisierung der zahlenmäßig doch so starken Minderheiten eingestellt und verwenden dazu die gesamten Mittel des Staates. Immer mehr wird der deutsche und magyarische Landesteil mit Tschechen durchsetzt, er wird gemischtsprachig gemacht. Auf allen Gebieten werden die Minderheiten zurückgesetzt und dazu noch mit unaufhörlichen Nadelstichen bedacht, die weniger schaden als aufreizen. So ist seit 1918 hier eine Todfeindschaft entstanden, die sich bei jeder ernststen Belastungsprobe des Staates aufs bitterste rächen muß. Die Tschechen haben es ja sogar durch ihre kurzfristige Politik fertig gebracht, auch die stammverwandten Slowaken in ihrer großen Mehrheit zu einer völligen Ablehnung der Tschechoslowakei in ihrer heutigen Gestalt zu bringen! Damit wird ihre Stellung natürlich immer schwieriger. Und sie wird auch durch die Zersplitterung in eine große Zahl, einander aufs heftigste befehdender Parteien nicht besser. Vor allem die steigende Verbreitung kommunistischer Ideen macht sich höchst unangenehm bemerkbar. Die Überspannung des Nationalismus hat also die Tschechoslowakei schon in ihren Anfangsjahren in die größten Schwierigkeiten versetzt.

Diese Verhältnisse aber haben zur selbstverständlichen Folge, daß die sämtlichen Nachbarn auf den neuen Staat sehr schlecht zu sprechen sind. Von den Deutschen und Magyaren, die die Tschechei auf drei Seiten umgeben, versteht sich das von selbst. Es sind natürliche Todfeinde der Tschechoslowakei. Aber auch mit dem nördlichen Nachbar, mit Polen, ist das Verhältnis sehr kühl.

So ist also die innen- wie die außenpolitische Lage des jungen Staates höchst unsicher."

An diesen vor 15 Jahren niedergeschriebenen Ausführungen brauche ich heute nicht einen Satz abzuändern. Und ähnlich steht es mit den über-

legungen, die ich fünf Jahre später ebenfalls in diesen Heften im November 1928 niedergelegt habe²⁾). Ich schrieb damals in einer Übersicht über die Staaten des nahen Orients, die gerade ihren zehnten Geburtstag feierten, im besonderen aber von der Kleinen Entente, folgendes:

„Von ihr ist die Tschechoslowakei der Staat, der seine Pressearbeit in der Schweiz am eifrigsten und erfolgreichsten betreibt. Sie konnte deshalb auch die aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrem zehnten Geburtstage in Empfang nehmen. Dabei wurde ihre internationale politische Bedeutung, die auf der Person ihres Außenministers Benesch beruhe, gerühmt, ferner ihre günstige innere Entwicklung und ganz besonders auch die geglückte Lösung der Minderheitenfrage. Was nun die Bedeutung Benesch's in dem gegenwärtigen internationalen Spiele anbetrifft, so wird man dem zustimmen dürfen. Nur wird man auch betonen müssen, daß allzu große Erfolge von ihm nicht erzielt worden sind. Ein großer Erfolg wäre nur die dauernde Sicherung der Tschechoslowakei; die kann aber durch die Anlehnung an Frankreich und die Gegnerschaft gegen Deutschland bei der ganzen geographischen Lage nie erfolgen. So krankt auch das System Benesch an seiner Naturwidrigkeit. Die Tschechoslowakei bleibt einstweilen ein sehr weit vorgeschobener französischer Posten ohne zuverlässige Rückendeckung. Was ihr inneres Gefüge angeht, so darf man darauf hinweisen, daß die Tschechen mit Erfolg an einem Abbau ihrer freiheitlichen Einrichtungen arbeiten, wofür die gegenwärtigen Zensurverhältnisse in der Presse Zeugnis ablegen. Die Tschechoslowakei wird als Polizeistaat noch der einzige kongeniale Nachfolger Osterreichs unter Metternich. Die Folge ist eine kommunistische Partei von einer Stärke, wie sie kein anderer mitteleuropäischer Staat aufweist. Auch hier ist übrigens das Parteiwesen in erheblicher Blüte. Und was nun schließlich die sogenannte „Lösung“ der Minderheitenfrage anbetrifft, so wird jeder Kenner der Verhältnisse über solche Behauptungen nur lächeln. Die Tschechoslowakei ist ein Urbild eines Vielvölkerstaates, ohne dem irgendwie richtig Rechnung zu tragen. Daran und an ihrer unmöglichen Gestalt krankt sie. Man kann deshalb auch ihre Standfestigkeit nur als sehr mäßig einschätzen.“

Auch an dieser Kennzeichnung habe ich heute nichts abzuändern; sie ist durch die Tatsachen der letzten Jahre als völlig richtig erwiesen worden. Und damit ist auch festgestellt, daß man bei einigem Studium und bei Nachprüfung an Ort und Stelle sicher über die Frage der Tschechoslowakei längst richtig im Bilde sein konnte.

Und ebenfogut konnte man in den letzten Jahren wissen, daß diese Frage mit raschen Schritten einer Lösung zutrieb. Man konnte das vor allem an der Haltung Englands feststellen. Schon vor drei Jahren wurde mir erzählt, daß England bei der tschechischen Regierung Schritte unternommen habe, um sie energisch auf die Unhaltbarkeit ihrer Minderheitenpolitik hinzuweisen. Je rascher der Wiederaufstieg Deutschlands wurde, desto dringender wurden die englischen Mahnungen in Prag. Mit der Zeit drangen sie auch in die Öffentlichkeit und wurden in der englischen Presse unterstützt, z. B. immer wieder von der „Times“. Man war eben in London über die Tschechoslowakei gut unterrichtet und gab sich gemäß der ganzen englischen Politik Mühe, die Dinge rechtzeitig einzurenken. Daß alle diese

²⁾ Jahrgang VIII, S. 437 ff.

Anstrengungen, einschließlich des letzten Schrittes dieser Art, der Mission Runciman, völlig nutzlos blieben, ist nicht Englands Schuld!

* * *

Damit könnte ich es mir nun eigentlich ersparen, auf die Verhältnisse der gewesenen Tschechoslowakei noch weiter einzugehen. Zwei Punkte verdienen aber doch noch eine besondere Würdigung. Da ist zunächst einmal die Einstellung der Tschechen zu den von ihnen bei der Gründung ihres Staates geleisteten Versprechungen. Diese Gründung ist ja durchaus nicht kampflos erfolgt. Das deutsche Sprachgebiet der alten Sudetenländer hatte sich ja bereits dem neuen Deutschösterreich angeschlossen. Nur die Absicht, Deutschland und Ungarn möglichst zu schwächen und den neuen Staat möglichst umfangreich zu machen, bewog schließlich England und die Vereinigten Staaten, der Tschechoslowakei ganz Böhmen, Mähren und Schlesien einzuverleiben. Sie taten das angesichts der schönen Versprechungen der von Beneš geführten tschechischen Friedensdelegation und schalteten auch einige Sicherungen ein.

Am 19. Mai 1919 richtete so z. B. die neue tschechoslowakische Regierung an die mit der Ausarbeitung der Minderheitenschutzverträge beauftragte Kommission der Pariser Friedenskonferenz eine Note, in der sie eingangs folgendes Versprechen ablegte:

„Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, ihren Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Nationalitätenrechte die Grundsätze annimmt, die in der Konstitution der schweizerischen Republik zur Geltung gebracht sind, das heißt, sie will aus der Tschechoslowakischen Republik eine bestimmte Art Schweiz machen, wobei sie, wie sich von selbst versteht, die besonderen Verhältnisse in Böhmen in Betracht zieht.“

Und in derselben Note findet sich zum Schlusse noch einmal die Versicherung: „Es wird dies (nämlich das Nationalitätenregime) ein sehr liberales Regime sein, welches sich erheblich dem schweizerischen Regime annähern wird.“ So lauteten die Versprechungen. Und wie wurden sie gehalten? Darüber kann wohl eine einzige Tatsache genug aussagen: Selbst der gewiß nicht zu Gunsten von Henlein voreingenommene Chefredaktor der „Basler Nachrichten“, Nationalrat Dr. Deri, stellte vor wenigen Wochen bei einem Besuch in Prag fest, daß sich ob der Wirksamkeit des tschechischen Staates gegenüber seinen Minderheiten einem Schweizer die Haare sträuben müßten.

Ein zweites Beispiel! Der Staat der Tschechen und Slowaken, die beide miteinander bis zum Weltkrieg durch Jahrhunderte hindurch wenig genug zu tun gehabt hatten, ist dadurch zu Stande gekommen, daß während des Krieges die ins Ausland geflüchteten tschechischen Staatsgründer, Masaryk an der Spitze, mit den Vertretern der zahlreichen slowakischen Aus-

wanderer in Nordamerika sich einigten. Sie schlossen am 30. Mai 1918 in Pittsburg (Ver. Staaten) einen feierlichen Vertrag, auf Grund dessen dann schließlich die neue Tschechoslowakei entstand. Dieses Abkommen lautet folgendermaßen:

„Tschechisch-slowakischer Vertrag, abgeschlossen in Pittsburg am 30. Mai 1918. Die Vertreter der slowakischen und tschechischen Organisationen der Vereinigten Staaten, der „Slowakischen Liga“, des „Tschechischen Nationalbundes“ und des „Verbandes tschechischer Katholiken“ berieten in Anwesenheit des Vorsitzenden des tschechisch-slowakischen Nationalrates, Professor Masaryk, über die tschechisch-slowakische Frage und über unsere bisherigen programmatischen Kundgebungen und Entschlüsse wie folgt: Wir anerkennen das politische Programm, das sich darum bemüht, die Tschechen und die Slowaken in einem selbständigen Staate zu vereinigen, der aus den Böhmischen Ländern (Böhmen, Mähren und Schlesien) und der Slowakei besteht. Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihr Parlament und ihre Gerichte haben. Die slowakische Sprache wird die Amtssprache in der Schule, in der Verwaltung und im öffentlichen Leben überhaupt sein.“

Unter den beigegefügtten Unterschriften findet sich auch die von Masaryk selbst. Wie haben die Tschechen diesen Vertrag gehalten? Sie dachten überhaupt nicht daran, ihn irgendwie auszuführen, sondern schufen ihren neuen Einheitsstaat und betrachteten die Slowakei als eine Art Kolonie. Masaryk selber ging so weit, den Vertrag mit seiner Unterschrift einfach zu verleugnen und z. B. am 12. Oktober 1929 den Slowaken zu telegraphieren: „Ein ernsthafter Politiker und Staatsmann kann und darf mit einem solchen Papier nicht operieren.“ So starrköpfig ist die Haltung der Tschechen bis vor wenigen Tagen geblieben und es brauchte die alleräußerste Not des Staates und die Abdankung Beneschs, um die slowakische Autonomie des Pittsburger Vertrages zur Tatsache werden zu lassen!

Ein weiteres Beispiel für die Art der Erfüllung der tschechischen Versprechungen von 1918 und 1919: Die Friedenskonferenz sprach schließlich der Tschechoslowakei auch noch das einigermaßen heimatlose Karpathenrußland zu mit der ausdrücklichen Bedingung, daß dieses Gebiet, das mit den Tschechen nicht das geringste zu tun hatte, eine Selbstverwaltung mit eigenem Landtag erhalten müsse. Die Tschechen haben das so wenig erfüllt wie irgend ein anderes Versprechen. Erst heute soll Karpathenrußland seine Autonomie erhalten.

Diese Tatsachen dürften genügen, um zu zeigen, daß der 1918 so übermäßig aufgeblasene Staat seine Zukunft von Anfang an dadurch aufs stärkste belastete, daß er alle seine feierlich eingegangenen Versprechungen vergaß. Kaltblühend gingen die Staatsgründer wie Masaryk und Benesch über all das hinweg und verfolgten diese Haltung so starrköpfig, daß z. B. die Forderungen der Slowaken und Karpathorussen erst nach der Münchener

Einigung erfüllt wurden. Diese Tatsache bildet für die Staatskunst der tschechischen Staatsgründer ein vernichtendes Urteil!

* * *

Die geschilderte Einstellung der tschechischen Staatsführung zusammen mit der zielbewußten Nationalisierung aller Minderheitsgebiete erfüllte die Tschechoslowakei mit den stärksten innern Spannungen, die immer gebieterischer nach einer Entladung drängten. Diese Tatsache war natürlich den tschechischen Staatsmännern durchaus klar. Sie suchten ihr durch schärfsten politischen Druck im Innern und außerdem durch eine zielbewußte Außenpolitik zu begegnen. Damit komme ich zum zweiten Punkte, der hier noch einer besondern Würdigung bedarf.

Man war in Prag immer der Überzeugung, daß der Staat von Innen heraus, von den widerstrebenden und allmählich in Verzweiflung geratenden Minderheiten her nicht zu erschüttern sei. Langsam, aber sicher werde es den Tschechen gelingen, diese Minderheiten völlig an die Wand zu drücken. Um dafür Zeit zu gewinnen, mußte nur eine Störung von Außen her vermieden werden. Diese Störung konnte nach der Lage der Dinge nur von Deutschland oder von Ungarn her kommen. Hier setzte nun die politische Leistung von Benesch als Außenminister und auch noch als Präsident ein. Er war der hartnäckigste, geschickteste und erfolgreichste Verfechter jener Politik, die Deutschland und Ungarn um jeden Preis in der 1918 geschaffenen Ohnmacht halten wollte. Gegenüber Ungarn wurde dafür die Kleine Entente geschaffen. Gegenüber Deutschland unterstützte die Tschechoslowakei mit allen Mitteln jene altüberlieferte Politik Frankreichs, die Deutschland von Westen und Osten in der Zange halten wollte. Das zuverlässigste Stück des Ostteils jener Zange bildete Prag und Benesch vermochte auch tatsächlich anderthalb Jahrzehnte lang diese Zange in sicherer Funktion zu erhalten. Der Prager Außenminister gab sich außerdem die größte Mühe, die Genfer Sicherung des Versailler Vertrags aufrecht zu erhalten und möglichst die ganze Welt für diese „Friedenspolitik“ zu mobilisieren. Auch hier hatte er ziemlichen Erfolg und vermochte gleichzeitig jede Störung der tschechischen Minderheitenpolitik von Genf her auszuschalten. Die naturnotwendige Folge dieser Politik war Todfeindschaft mit Ungarn und mit dem Deutschen Reich. Für beide Staaten ist die Erinnerung an die schlimmsten Demütigungen und die schärfsten Schädigungen, die sie seit 1918 erfahren haben, immer wieder mit dem Namen der Tschechoslowakei und dem von Benesch verknüpft.

Als die französische Zange um Deutschland brüchig zu werden drohte, da war es wiederum Benesch, der auf dem Wege über Moskau und gemeinsam mit dem französischen Außenminister Barthou ihr von neuem Wirksamkeit verschaffte. Die Tschechoslowakei wurde mitteleuropäischer Stützpunkt der kommunistischen Politik, zugleich das Einfallstor der bolschewistischen Macht. Sie blieb außerdem der getreue Sekundant Frankreichs,

gerüstet bis an die Zähne und geschützt hinter einer Nachbildung der Maginotlinie. Gleichsam symbolisch für diesen Zustand war es, daß bis heute in Prag noch eine besondere französische Militärmission mit einem hohen General an der Spitze sich aufhielt, der letzte Rest der vielen französischen Militärmissionen der Nachkriegszeit.

Jedem aufmerksamen Beobachter mußte es angesichts dieser Tatsachen klar sein, daß das wiederum stark gewordene Deutsche Reich sich mit dieser tschechoslowakischen Außenpolitik niemals abfinden würde. Es mußte so rasch als möglich versuchen, mit der von Prag aus gegen das Herz Deutschlands gerichteten politischen und militärischen Drohung aufzuräumen. Daß tatsächlich dieser Gedanke die politischen und militärischen Stellen in Berlin unablässig beschäftigte, war längst bekannt.

* * *

So waren innerhalb und außerhalb der Tschechoslowakei alle Vorbedingungen zu einer großen Auseinandersetzung gegeben. Wie sich nun diese im Anschluß an die österreichischen Ereignisse im letzten Frühjahr entwickelte und zu welchem Ergebnis sie führte, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. In den Einzelheiten wird sowieso diese unheimlich spannende Reihe von Ereignissen erst in späterer Zeit zu überblicken sein. Nur das darf festgestellt werden: Hätten sich die Tschechen nicht mit so verzweifelter Hartnäckigkeit an ihr ganzes nationales Programm der letzten zwei Jahrzehnte geklammert, hätten sie nicht jede Selbstverwaltung der Minderheiten und jede Beschneidung der vollen Möglichkeit zur weitem Entnationalisierung dieser Minderheiten rundweg abgelehnt, so wäre es vielleicht nicht zu der heutigen richtigen Aufteilung des Staates gekommen. Hätten aber die deutschfeindlichen Kreise in Frankreich und England und die Russen den Tschechen nicht ständig den Rücken gestärkt, so wären diese vielleicht auch nicht so halsstarrig geblieben. So hat gerade das innen- und außenpolitische System der Tschechoslowakei, das System der Politik von Benesch, den Zerfall des Staates mit einer fatalen Sicherheit herbeigeführt.

Und dabei hat sich im Kleinen noch die seinerzeitige, schäbige Haltung gegen Polen gerächt. Diesem hat man entgegen den klaren nationalen Tatsachen in der höchsten Not des Bolschewikenkrieges das Teschener Gebiet abgenommen. Die Polen haben jetzt mit gleicher Münze heimgezahlt und außerdem hat die Haltung Polens offenbar zum ungünstigen Ausgang des ganzen Streites für die Tschechoslowakei wesentlich mit beigetragen.

Die Beneschzeit in der europäischen Politik und im deutsch-tschechischen Verhältnis ist vorbei, endgültig und jedenfalls unwiderruflich vorbei!

* * *

Das von Hitler erreichte Ergebnis soll hier nicht näher erörtert werden. Seine machtpolitische Bedeutung in all ihren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Folgerungen ist klar und wird ja in nächster Zeit schon

mit aller Deutlichkeit sichtbar werden. Für uns aber ist eine Frage wichtig: Wird die neue Regelung die so scharf zugespitzte Nationalitätenfrage der Tschechoslowakei lösen und damit einen wichtigen Beitrag zur tatsächlichen Befriedigung Mitteleuropas liefern?

Da ist einmal festzustellen, daß die reinliche Ausscheidung deutschen und tschechischen Sprachgebiets in zwei Staaten durchaus geeignet ist, die gegenseitigen Eroberungszüge ins fremde Sprachgebiet zu unterbinden und damit einen Zustand der Sicherheit zu schaffen, der auf die Dauer viel zur Beruhigung beitragen würde. Entspricht nun aber die neue Grenze dieser reinlichen Scheidung? Im großen Ganzen sicher. Allerdings — auf die Eroberungen der Tschechen im geschlossenen deutschen Sprachgebiet seit 1918 ist keine Rücksicht genommen worden. Diese werden mit der Zeit einfach wieder dahinfallen. Außerdem sind in den vielfach verzahnten Gebieten der beiden Sprachen offenbar eine Reihe von tschechischen Grenzgebieten zu Deutschland geschlagen worden, während andererseits die großen deutschen Sprachinseln, besonders die von Jglau, bei der Tschechei bleiben werden. Außerdem bleiben Brünn und Olmütz bei der Tschechoslowakei und mit ihnen allein schon 100 000 Deutsche. Und schließlich bleiben die deutschen Inseln in der Slowakei unter slowakischer Herrschaft. So werden wohl insgesamt mehr Deutsche in der Tschechoslowakei zurückbleiben, als Tschechen nun zu Deutschland kommen. Wie weit das nun durch die Umsiedlungen und Optionen geändert werden wird, das steht noch dahin. Minderheiten werden deswegen doch bleiben und es wird wichtig sein, zu sehen, welche Regelungen für diese getroffen werden. Hoffentlich wird diese Gelegenheit zu einer großzügigen Lösung wahrgenommen!

Schwieriger sind offenbar die Verhältnisse bei den Auseinandersetzungen zwischen Polen und der Tschechei und zwischen Ungarn und Slowaken. Wird es hier zu einer tragfähigen Lösung kommen oder wird der Grund zu neuem Haß und Streit geschaffen werden, zu einer Minderheitenfragen mit umgekehrtem Vorzeichen? Das wird nun offenbar von den „großen Vier“ abhängen. Hoffen wir, daß auch hier der Weg zu einer gerechten Lösung und nicht der nach den beidseitigen „wissenschaftlichen“ Beweisen gesucht wird.

Der seit 1918 eingeführte Minderheitenschutz unter Aufsicht des Völkerbundes ist erledigt. Er hat auf der ganzen Linie im vollen Ausmaße versagt. Der Völkerbund hat sich in keinem einzigen Falle auch nur die Mühe gegeben, eine dieser schwierigen Minderheitenfragen überhaupt zu prüfen und eine Lösung zu suchen. Er hat überall dem Mächtigen, d. h. dem betreffenden Mehrheitsvolk Recht gegeben und sich im übrigen darauf beschränkt, eine besondere Minderheitenabteilung zur Beerbidigung der Minderheitenwünsche in Schubläden und Aktenordnern in Genf zu unterhalten. Die fetten Gehälter der Beamten dieser Abteilung, — darunter Südamerikaner, Asiaten usw. — stehen in einem schreienden Gegensatz zu der dort entfalteteten Tätigkeit! So hat eine zweifellos gute Idee einen kläglichen

Schiffbruch erlitten. Heute sind nur noch Regelungen der Minderheitenfragen von Staat zu Staat selbst möglich. Eine dieser Regelungen ist heute im Gang. Der wichtigste Schritt ist mit der Beseitigung der Hauptmasse der Minderheiten der Tschechoslowakei bereits geschehen. Wird die notwendige Ergänzung kommen und wird zwischen Deutschen und Tschechen, zwischen Tschechen und Ungarn ein tragfähiges Verhältnis geschaffen werden? Das ist eine Schicksalsfrage für den künftigen Frieden Mitteleuropas!

Das Verhältnis der Sprachen in der Schweiz.

Walther Burckhardt.

[Nach einem Referat vor Mitgliedern des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz in Zürich am 22. November 1931. Der Aufsatz von Konrad Meier über Kulturprobleme der deutschen Schweiz im letzten Juliheft dieser Zeitschrift veranlaßt mich, diesen Vortrag nachträglich zu veröffentlichen, mit einigen Zusätzen in Klammern.]

Daß es in einem demokratischen Staate, der so vielgestaltig ist wie die Schweiz und so sehr auf die Selbstverwaltung angelegt ist, verschiedene, ja gegensätzliche politische Meinungen geben muß, ist nicht verwunderlich. Die Verschiedenheit der Landesteile föördert sie ebenso wie die politische und administrative Selbständigkeit dieser Teile. Was ihnen aber seit dem Krieg besonders Nahrung gegeben hat, sind die stets neu auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, welche die Grundlagen unserer politischen und sozialen Verfassung in Mitleidenschaft zogen. Dinge, die man vor dem Krieg als abgetan betrachtete, sind wieder aktuell und fragwürdig geworden, und andere haben eine erhöhte Aktualität oder stellen sich in neuem Licht. Man braucht nur die Gegensätze: Zentralismus oder Föderalismus, Staats- oder Privatwirtschaft, Demokratie oder Autokratie zu nennen, um sich dieser Erweiterung und Vertiefung der Gegensätze bewußt zu werden.

Allein diese Erschütterung unseres ideellen Staatsgebäudes darf uns nicht verwundern; sie ist die natürliche Begleiterscheinung der großen Umwälzungen, deren Zeugen wir während des Krieges und nach dem Kriege gewesen sind. Zu verwundern wäre es, wenn die Ereignisse an uns spurlos vorübergegangen wären. Meinungsgegensätze und Meinungskämpfe wird es immer geben. Ein Staat wird darob auch nicht aus den Fugen gehen, solange das elementare Bewußtsein der staatlichen Zusammengehörigkeit, der Verbundenheit zu einem geschichtlichen Schicksal, unverfehrt bleibt. In Frankreich, in Deutschland, in England, in Osterreich streitet man aufs Blut über die Staatsform, über Sozialisierung, ja über die Richtlinien der aus-